

KOMMUNALES MONITORING

Hass, Hetze und Gewalt gegenüber
Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo)



Kommunales Monitoring

Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo)

46%

DER BEFRAGTEN HABEN IN DEN LETZTEN SECHS MONATEN ANFEINDUNGEN ERLEBT

Anfeindungen (70%) und Hasspostings (26%) fanden überwiegend in Form von **Beleidigungen, übler Nachrede/Verleumdung und Bedrohung/Nötigung** statt ...

... **tätliche Übergriffe (4%)** in Form von **Bedrängen, Wegschubsen, Schlagen/Treten sowie Beschädigung** an Fahrzeugen und Beschädigung des Wahlkampfstandes/Plakate.

► **Tätliche Übergriffe** lösen eine deutlich stärkere **persönliche Betroffenheit** aus als Anfeindungen in sozialen Medien.

60%

der Befragten geben an, **soziale Medien** für ihre politischen/beruflichen Tätigkeiten zu nutzen.

Das Diskussionsklima im **Netz** wird zunehmend als **verroht** wahrgenommen!

14% der zuletzt persönlich erlebten Vorfälle und **28%** der Vorfälle gegen Familienangehörige der Amtsträger*innen wurden zur Anzeige gebracht.

81%

leiden aufgrund der Anfeindungen an **psychischen/physischen Folgen**.

51% der Amtsträger*innen in **Ostdeutschland** und **43%** in **Westdeutschland** waren von Anfeindungen betroffen.

43% der Betroffenen sind in eher **ländlichen Regionen** (bis zu 20.000) und **52%** im eher **städtischen Raum** mit mehr Einwohnern angefeindet worden.

Hauptamtliche (57%) sind eher betroffen als **Ehrenamtliche (33%)**.

Frauen und Männer sind **gleichermaßen** betroffen.

Mehr als jeder zehnte Betroffene hat schon einmal eine **Amts-niederlegung** erwogen bzw. angegeben, nicht erneut zu kandidieren.

1 Einleitung: Warum ein Kommunales Monitoring?

„Lassen Sie mich dort beginnen, wo Sie, liebe Kommunalpolitiker, Ihre Arbeit tun – in Reinsdorf oder Sindelfingen, all den Orten, aus denen Sie heute angereist sind. Dort sorgen Sie dafür, dass Glasfaserkabel verlegt oder Integrationsbeiräte angehört werden. Sie gratulieren dem Mittelständler zum Betriebsjubiläum oder der A-Jugend zur Meisterschaft. Sie sind fast überall, vor allem da, wo man Sie braucht. Und das, was Ihre Arbeit so wertvoll und unverzichtbar macht – die Bürgernähe –, genau das begründet auch Ihre Verwundbarkeit.“

Frank-Walter Steinmeier

Das Eingangszitat ist einer Rede von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier entnommen, die er am 10. März 2022 in Zwickau hielt. Darin wird die Janusköpfigkeit der Kommunalpolitik plastisch vor Augen geführt: Sie ist einerseits Garant für ein funktionierendes demokratisches Gemeinwesen. Und andererseits offenbart sich in dieser Stärke im politischen Alltag zugleich deren Verletzbarkeit. Geradezu greifbar wird dies insbesondere im Rahmen der Amtsausübung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie der Landrätinnen und Landräte, deren Aufgabe es ist, dafür Sorge zu tragen, dass die in den Stadträten und Kreistagen demokratisch erstrittenen Beschlüsse umgesetzt werden. Nicht selten wird dieser Prozess durch z. T. grenzverletzende Angriffe auf Persönlichkeitsrechte, beeinträchtigende Äußerungen bis hin zu tätlichen Übergriffen begleitet. Wenn dies dazu führt, dass sich keine Kandidatinnen oder Kandidaten mehr bereitfinden, ein politisch-gestaltendes Mandat zu übernehmen, liefe ein demokratisches Gemeinwesen unweigerlich ins Leere. Diese Entwicklung ist auch Ausdruck einer immer stärker werdenden gesellschaftlichen Pola-

risierung, zu der bereits die hohe Fluchtmigration der Jahre ab 2015 beigetragen hat und die zuletzt noch durch den enormen Druck des pandemischen Geschehens verstärkt wurde. Dies spiegelt sich unter anderem auch in den polizeilich registrierten Straftaten gegen Amts- und Mandatspersonen im Kontext der politisch motivierten Kriminalität wieder, die im Zeitverlauf deutlich zugenommen haben. So stieg im Jahr 2020 die Anzahl von Straftaten gegen Amts- und Mandatstragende im Vergleich zum Vorjahr von 1.894 auf 3.752 Straftaten an, was einem Fallzahlenanstieg von 98,1% entspricht (BMI 2021, 12 f.). Im Jahr 2021 zeichnet sich mit 6.191 registrierten Straftaten (Anstieg um 65% im Vergleich zum Vorjahr) (BMI 2022, 16 f.) ein weiterer trauriger Höhepunkt ab. Zudem berichten jüngere Studien, dass mehr als die Hälfte der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Deutschland im Rahmen ihrer Tätigkeit schon einmal selbst Beleidigungen, Bedrohungen oder tätliche Übergriffe erlebt haben (Forsa 2021: 57%; Kommunal 2020: 64%) – ähnliches gilt für Landrätinnen und Landräte. Betroffen sind Amtsträgerinnen und -träger in Städten, Landkreisen und über alle Bundesländer hinweg und zwar unabhängig von Alter, Geschlechts- oder Parteizugehörigkeit. Hass und Hetze, sei es analog oder digital, geschieht über räumliche, demografische, politische und soziale Grenzen hinweg und betrifft letztlich mehr oder weniger direkt uns alle, leben wir doch alle in Kommunen, auf deren Funktionieren, auf deren sozialen Frieden und Zusammenhalt wir angewiesen sind. Wenn sich ein radikales Aufbegehren gegen politische Entscheidungen nicht nur in legitimen, strafrechtskonformen Protest äußert, sondern in Hass, Hetze und Gewalt umschlägt, ist unser aller Achtsamkeit gefordert. Diesen Kippunkt frühzeitig zu erkennen und zu verstehen, ist die Voraussetzung für ein vorausschauend-präventives Agieren.

In dieser Intention ist in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund durch die Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus des Bundeskriminalamtes ein *Kommunales Monitoring zu Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern* aufgelegt worden. Eingebettet ist dieses ‚Kommunale Monitoring‘ (KoMo) in einen größeren vom BMBF und BMI geförderten Forschungsverbund, der unter Beteiligung universitärer, zivilgesellschaftlicher und sicherheitsbehördlicher Forschungseinrichtungen auf die fortlaufende Beobachtung des politischen und/oder religiös motivierten Radikalisierungs geschehens in Deutschland ausgerichtet ist. Das Projekt ‚Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung‘ (MOTRA: www.motra.info) erlaubt es, Beobachtungen zu einzelnen Radikalisierungserscheinungen – wie hier mit Blick auf radikalisierte Übergriffe auf Amtstragende in Kommunen – in einen erweiterten gesamtgesellschaftlichen Kontext einordnen zu können. Wie das MOTRA-Projekt insgesamt, zeichnet sich das ebenfalls bundesweit angelegte MOTRA-KoMo durch einen Längsschnittcharakter aus. So wird es möglich, nicht nur Momentaufnahmen, sondern insbesondere auch längerfristige Entwicklungstrends abzubilden. Dies eröffnet im Laufe der Zeit ein näheres Verständnis der Hass und Hetze zu Grunde liegenden Ursachen und Prozesse. Darauf aufbauend wird es so mittelfristig möglich, unter Beratung von Expertinnen und Experten aus dem MOTRA-Netzwerk sowie im Austausch mit den Kommunalen Spitzenverbänden und vor allem mit Betroffenen selbst evidenzbasierte und praxisnahe präventiv ausgerichtete Handlungsstrategien und konkrete Konzepte zu entwickeln. In dieser Intention wird das MOTRA-KoMo in halbjährlichem Abstand zunächst bis Ende 2024 durchgeführt¹, das im Kern eine bundesweite Befragung aller ehren- und hauptamtlichen

(Ober-) Bürgermeisterinnen/Bürgermeister und Landrätinnen/Landräte vorsieht.

Wie angedeutet, dient diese Befragung nicht einem wissenschaftlichen Selbstzweck. Das kontinuierliche Monitoring soll über die Ermöglichung der Entwicklung präventiver Handlungsstrategien hinausgehend den Amtsträgerinnen und -trägern eine Plattform bieten, sich mitzuteilen und ihre Erfahrungen mit denen ihrer Kolleginnen und Kollegen über die regelmäßig berichteten Analysen und Beobachtungen zu teilen. Die Betroffenenperspektive ist der zentrale empirische Bezugspunkt des MOTRA-KoMo. Insofern danken wir herzlich allen denjenigen, die sich an der hier über erste Analysen dokumentierten ersten Befragungswelle beteiligt haben. Wir hoffen sehr, Sie zur weiteren Mitwirkung an unseren Folgebefragungen motivieren zu können. Gleichmaßen hoffen wir, die Amtsträgerinnen und -träger, die keine Gelegenheit fanden, sich an der Erstbefragung zu beteiligen, für das MOTRA-KoMo gewinnen zu können. Unsere Mitwirkungsbitte richtet sich natürlich ebenfalls an den Personenkreis, der sich im zurückliegenden sechsmonatigen Befragungszeitraum keinerlei Hass, Hetze oder gar Gewalt im Rahmen der Amtsausübung ausgesetzt sah. Denn aus den möglichen Umständen einer ‚Nicht-Betroffenheit‘ lassen sich gleichfalls wertvolle Erkenntnisse für die Entwicklung präventiver Handlungskonzepte ableiten. Mithilfe des nachfolgenden Beitrags zur KoMo-Basiserhebung werden die Ergebnisse, Beobachtungen und die daraus resultierenden Analysen aus der ersten Erhebungswelle kurz und pointiert dargestellt, um einen ersten, aber zugleich umfassenden Eindruck zu einem hochbrisanten Bereich zu ermöglichen und das Erlebte den Amtspersonen zurück zu spiegeln.

¹Über eine mögliche Fortschreibung der Förderung von MOTRA(-KoMo) wird 2023/2024 entschieden.

2 Forschungsdesign und Methodik

Die bundesweit und längsschnittlich angelegte Umfrage erfasst das subjektive Erleben sowie Erfahren von Hass, Hetze und/oder Gewalt von Bürgermeisterinnen/Bürgermeistern und Landrätinnen/Landräten im Rahmen ihrer beruflichen bzw. ehrenamtlichen Amtsausübung entsprechend zweier übergeordneter Fragestellungen: Was wurde wann, wie und wo (digital oder realweltlich) erlebt? Wie wurde mit dem Erlebten umgegangen und welche Folgen hatte dies? Das eingesetzte Erhebungsinstrument wurde in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden entwickelt und als Online-Umfragetool konzipiert, welches über die Kommunikationskanäle der kommunalen Spitzenverbände an die zu befragende Zielgruppe versendet wurde.

Der Fragebogen enthält drei zentrale Frageblöcke. Im (1) Block steht die Nutzung von sozialen Medien im Mittelpunkt, um erfassen zu können, inwiefern soziale Medien für politische/berufliche Zwecke genutzt werden und wie das dort vorgefundene Diskussionsklima eingeschätzt wird. Der (2) Frageblock erfasst konkret die im virtuellen und/oder realweltlichen Raum gemachten Erfahrungen zu Hass, Hetze und Übergriffe im Alltag der Mandatsausübung. Innerhalb dieses Frageblocks wurden die Angaben zum Erlebten in drei Kategorien unterteilt, um das Besondere des jeweiligen Ereignisses nochmals differenziert erfassen zu können: (a) *Verbale/schriftliche Anfeindungen* – (Non-) Verbale /schriftliche Aussagen oder Gesten, die eine Person oder eine Gruppe bedroht, beleidigt, herabsetzt, etc. oder Personen auf persönlicher Ebene angreift. (b) *Tätliche Übergriffe* – Tätliche Gewalt, die sich gegen Personen oder Gegenstände richtet (Körperverletzungen sowie Sachbeschädigungen). (c) *Hassposting* – Verschiedene Formen von menschenverachtenden Äußerungen (in Form von Bildern oder Kommentaren) im Internet, die zu Hass anstiften und sich

gegen bestimmte Personen, Gruppen aber auch Weltanschauungen oder gesellschaftliche Werte richten. Die Inhalte von Hasspostings können z.B. extremistisch, rassistisch, sexistisch, antisemitisch, homophob oder gewaltverherrlichend sein. Mithilfe einer Filterfunktion in der Online-Umfrage wurde der Fokus auf das konkrete Erleben des zuletzt erfahrenen Ereignisses gelenkt. Der (3) Frageblock erfasst abschließend demografische Standardangaben, um Rückschlüsse auf mögliche geschlechts-, regional- oder altersbezogene Einflussfaktoren auf das Erleben von Hass, Hetze und Gewalt analytisch abbilden zu können. Die Fragen wurden auf einem Abstraktionsniveau gestellt, so dass die Anonymität der Befragten gewahrt bleibt. Da es sich dem Anliegen eines fortlaufenden Monitorings entsprechend um in regelmäßigen Abständen stattfindende Befragungen handelt, wurde aus zwei Gründen ein Referenzzeitraum des jeweils zurückliegenden halben Jahres festgelegt. Zum einen garantiert es detailliertere Angaben, da kürzer zurückliegende Ereignisse besser erinnert werden können. Zum anderen erlauben halbjährliche Befragungswellen ein aktuelleres Bild zur Dynamik der mit veränderten gesellschaftlichen Konfliktlagen und Ereignissen verknüpften Anfeindungen und Übergriffe auf Amtstragende.

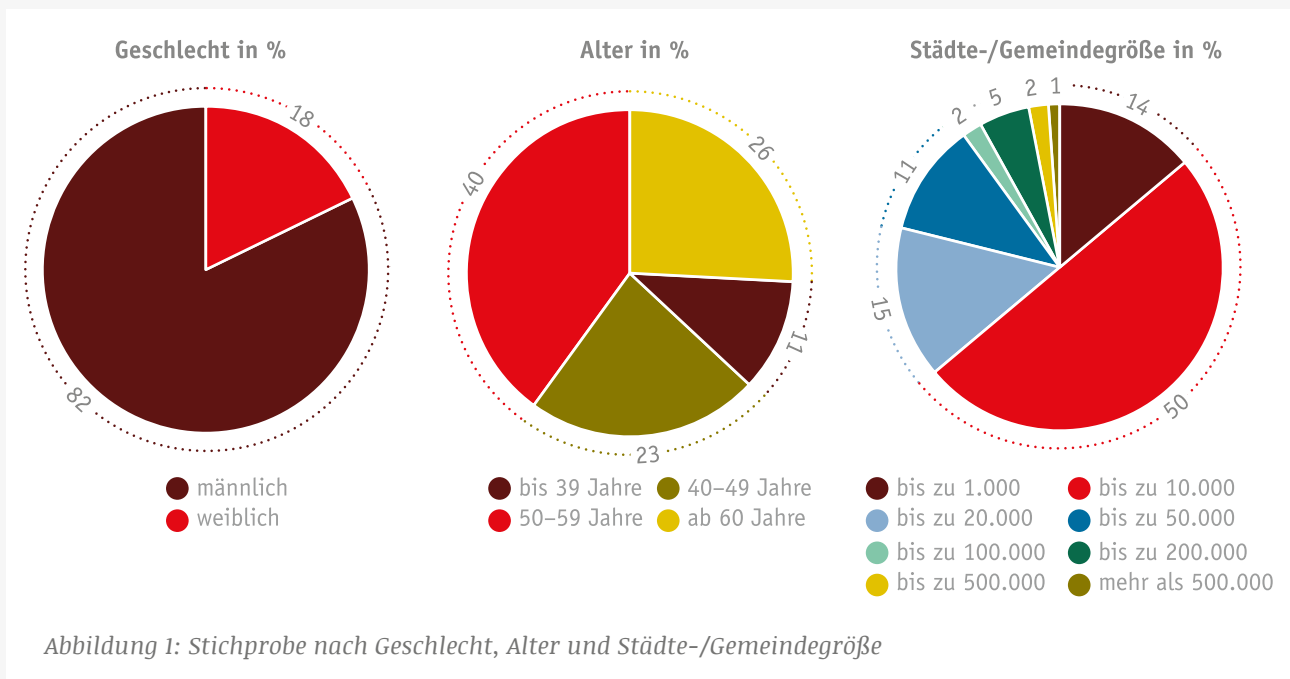
Der Referenzzeitraum für die hiermit dokumentierte, Herbstbefragung '21, bezieht sich auf die Monate Mai bis Oktober 2021. Da es sich hier um die erste Welle des MOTRA-KoMo handelt, basiert die Analyse ganz im Sinne einer sogenannten ‚Basiserhebung‘ auf einem umfänglicheren Fragebogen, während die Folgerhebungen auf eine kürzeres Befragungsinstrument zurückgreifen werden. Wie im Anschreiben zur Ersterhebung festgehalten galt und gilt für die Folgerhebungen, dass auch diejenigen Amtspersonen bitte teilnehmen sollen, die keine konkreten Anfeindungen erlebt haben, um

ein möglichst repräsentatives Gesamtbild zeichnen zu können.

Insgesamt konnte ein Rücklauf von $n=1.495$ Fragebögen verzeichnet werden. Unter Berücksichtigung einer Gesamtzahl von über 11.000 Kommunen (294 Landkreise, 106 kreisfreie Städte und mehr als 10.900 kreisangehörige Städte und Gemeinden) entspricht dies einer Rücklaufquote von ca. 14 %. Abbildung 1 gibt dahingehend einen Überblick von der Zusammensetzung der Stichprobe hinsichtlich der Merkmale Geschlecht, Alter und Städte-/Gemeindegröße.

Wir entschieden uns gegen eine konkrete Stichprobenziehung im Vorfeld der Befragung. Grund hierfür war einerseits, in der Intention einer Vollerhebung möglichst allen Amtspersonen die Möglichkeit zu bieten, teilzunehmen bzw. sich mitzuteilen.

Andererseits liegen kaum zuverlässige Informationen über erforderliche differenzierende Strukturdaten der Grundgesamtheit aller Amtstragenden in der Bundesrepublik vor, auf die zum Zwecke einer gezielten Stichprobenziehung hätte zurückgegriffen werden können. Um die Repräsentativität der eingegangenen Informationen und schließlich der Ergebnisse weitgehend gewährleisten zu können, wurde nachträglich eine Gewichtung nach der Zahl der Kommunen pro Bundesland vorgenommen.² In diesem Zuge wurden anhand amtlicher Strukturdaten zu Gemeinden in den Ländern nach Einwohnergrößenklassen zum Stichtag 31.12.2020 entsprechende Gewichtungsfaktoren berechnet und angewendet. Somit wird sichergestellt, dass die vorliegenden Zahlen und Ergebnisse bundesweit belastbar sind, da kein Bundesland weder über- noch unterrepräsentiert in die Analysen miteingeht.



² Die folgend präsentierten Ergebnisse basieren in erster Linie auf beschreibenden, deskriptiv-statistischen Verfahren, mittels derer vor allem absolute und relative Häufigkeitsverteilungen und Mittelwerte berechnet wurden. Ergänzend wurden auch einfachere schließende, inferenzstatistische Verfahren zur Überprüfung möglicher auffälliger Unterschiede oder Zusammenhänge zwischen bestimmten Teilgruppen oder Merkmalen wie etwa Korrelationsanalysen und Mittelwertdifferenztests durchgeführt. Mit Hilfe letztgenannter Tests kann die Wahrscheinlichkeit ermittelt werden, ob bestimmte Zusammenhänge oder Unterschiede zwischen zwei Variablen mehr als nur zufälliger Natur sind. Damit wird das Risiko vermieden, dass rein „optisch“ auffällige prozentuale und/oder absolute Unterschiede „überinterpretiert“ werden und damit drohen, falsche bzw. fehlleitende Schlussfolgerungen zu ziehen. Grundsätzlich gilt, dass die folgend berichteten Zusammenhänge oder Unterschiede im statistischen Sinne auffällig, also offenbar nicht rein zufälliger Natur sind. Ein Resultat wird als statistisch signifikant bezeichnet, wenn die Wahrscheinlichkeit, dass es durch Zufall zustande gekommen ist, nicht über einer gewissen Schwelle liegt. In der Regel liegt diese Schwelle bei maximal 5%. Das heißt, die Wahrscheinlichkeit, fälschlicherweise von einem überzufälligen Unterschied auszugehen, obwohl der Unterschied eigentlich bloßer Zufall ist, darf nicht über 5% liegen. Ergibt sich ein Schwellenwert von maximal nur 1% Fehlerwahrscheinlichkeit, wird von einem hoch-signifikanten Befund gesprochen. Um die Lesbarkeit der folgenden Darstellung zu erleichtern, verzichten wir auf den Ausweis näherer statistischer Kennwerte, wie sie für wissenschaftliche Arbeiten üblich sind – sie können im Falle eines weiteren Interesses bei den Autor*innen angefragt werden. Sprachlich differenzieren wir zwischen statistisch signifikanten und hoch-signifikanten Befunden, in dem wir im Falle hoch-signifikanter Befunde nicht nur von einem ‚auffälligen‘ sondern ‚besonders‘ oder ‚sehr auffälligen‘ Unterschied sprechen.

3 Erste Befunde – Hass, Hetze und Gewalt: Was wurde wie erlebt und verarbeitet?

3.1 Soziale Medien: Zur Wahrnehmung des Diskussionsklimas im Netz

Soziale Medien sind mittlerweile ein gerade auch im kommunalpolitischen Raum offensichtlich breit genutztes Mittel der Kommunikation. Das spiegelt sich einerseits in entsprechenden politpraktischen Konzeptionen wider, wofür beispielhaft die These der „responsiven Demokratie“ zur stärkeren Bürgerbeteiligung und Legitimitätsgenerierung steht (Radtke & Saßmannshausen 2020), und findet andererseits Ausdruck in jüngerer einschlägiger praxisorientierter Fachliteratur (etwa: Hal-ler 2021, Breyer-Mayländer 2018). In dieses Bild fügt sich, dass insgesamt **60 %** der Befragten angaben, im Referenzzeitraum der vergangenen sechs Monate aktiv soziale Medien bei der Amtsausübung genutzt zu haben. Mit durchschnittlicher mehrmaliger Nutzung pro Woche stellt WhatsApp das am häufigsten genutzte Medium dar, gefolgt von Facebook, auf das mehr-

mals im Monat, und Instagram, auf das durchschnittlich ein bis zwei Mal im Monat zurückgegriffen wird. Daraufhin folgen in absteigender Nutzungsintensität YouTube, Signal, Twitter, Telegram und Threema.

Damit pointierte Vergleiche des Diskussionsklimas zwischen Gruppen und über Zeit abstrahierter dargestellt werden können, wurde ein Summenscore³ mit der Bezeichnung 'Diskussionsklima-Index Soziale Medien' (DIM-Score) eingeführt. Für diese erste Betrachtung beträgt der Wert 4,85 auf einer gedachten siebenstufigen Skala (1=gar nicht verroht, 7=äußerst verroht). Wie der DIM-Score und Abbildung 1 anschaulich illustrieren, treffen die Befragten in den sozialen Medien ein Diskussionsklima an, das sie in der Gesamtschau offenbar als eher rau und verroht wahrnehmen – und zwar unabhängig davon, ob die Personen persönliche Anfeindungen erlebt haben oder nicht. Kleinere Unterschiede werden in Bezug auf die Größe der Kommunen sichtbar. Hier

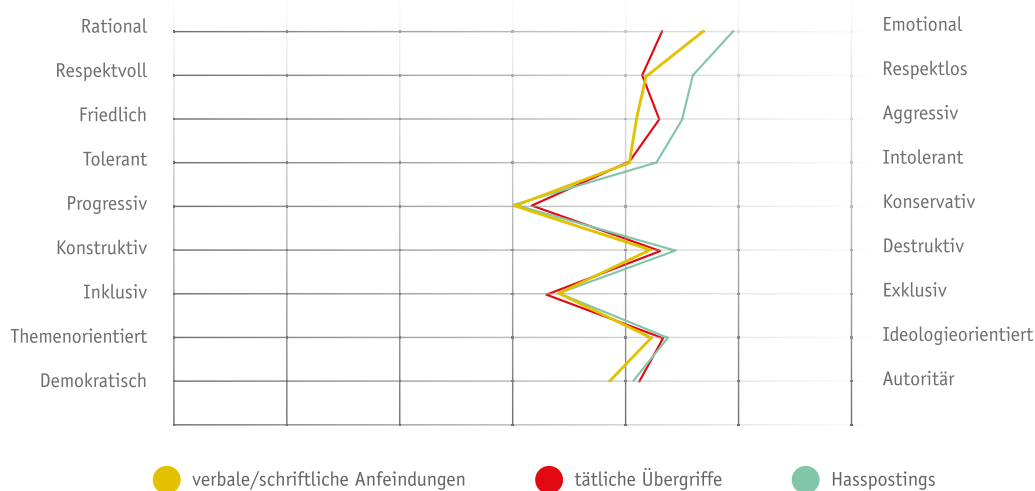


Abbildung 2: Einschätzung Diskussionsklima nach Anfeindungskategorien

³ Für die Berechnung des Scores wurde der Mittelwert herangezogen.

zeigt sich, dass Amtsträgerinnen und -träger aus Kommunen mit mehr als 20.000 Einwohnern das Diskussionsklima in der Gesamtbetrachtung negativer bzw. weniger positiv wahrnehmen, nämlich konservativer und exklusiver als jene aus eher kleineren Kommunen. Diesem Unterschied wird über weitere Analysen nachzugehen sein. Möglicherweise könnte es daran liegen, dass mandats- bzw. gemeinderelevante Themen urbaner Räume in den sozialen Medien strittig-konfrontativer adressiert werden und daher ein aufgeladenes Diskussionsklima vorherrscht – auch getragen von einer heterogeneren Bevölkerung mit widerstreitenden Interessen und Weltanschauungen im (groß-) städtischen Raum, von dem sich Amtspersonen aus ländlicheren Kommunen weniger tangiert sehen.

3.2 Hass, Hetze, Übergriffe: Was wurde wie mit welchen Konsequenzen erlebt?

Mit 45% gibt nahezu jede zweite befragte Person an, in den letzten sechs Monaten persönlich verbale/schriftliche Anfeindungen und/oder tätliche Übergriffe und/oder Hasspostings im Netz gegenüber ihrer Person erlebt zu haben. 70% aller

Vorfälle entfielen auf verbale/schriftliche Anfeindungen, 26% auf Hasspostings und 4% auf tätliche Übergriffe. Mit insgesamt 74% fand das Gros der Anfeindungen also im realweltlichen Raum statt, während mit 26% sich gut jeder vierte Vorfall im virtuellen Raum des Internets ereignete.

Darüber hinaus gaben etwa 7% (1% davon haben selbst keine Anfeindungen erlebt) der Befragten an, dass Anfeindungen innerhalb des genannten Referenzzeitraumes auch gegen enge Familienangehörige stattgefunden haben. Dabei handelte es sich in den meisten Fällen um Beleidigungen, üble Nachrede/Verleumdungen und soziale Ausgrenzung, die überwiegend in den sozialen Netzwerken, bei freizeitlichen Aktivitäten und zu Hause stattgefunden haben. Somit gaben insgesamt 46% der Befragten an, im Zeitraum von Mai bis Oktober 2021 Anfeindungen gegen Ihre eigene Person und/oder Familienangehörige erlebt zu haben.

Hinsichtlich der Häufigkeiten des Auftretens selbsterlebter Vorfälle wurde dies im Durchschnitt ein bis zwei Mal im Monat hinsichtlich verbaler/schriftlicher Anfeindungen und/oder Hasspostings erlebt. Wenn tätliche Übergriffe im zurückliegenden Halb-

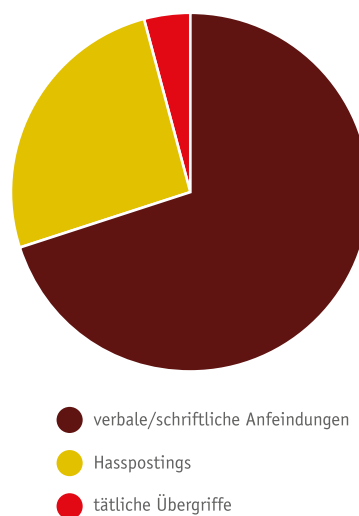
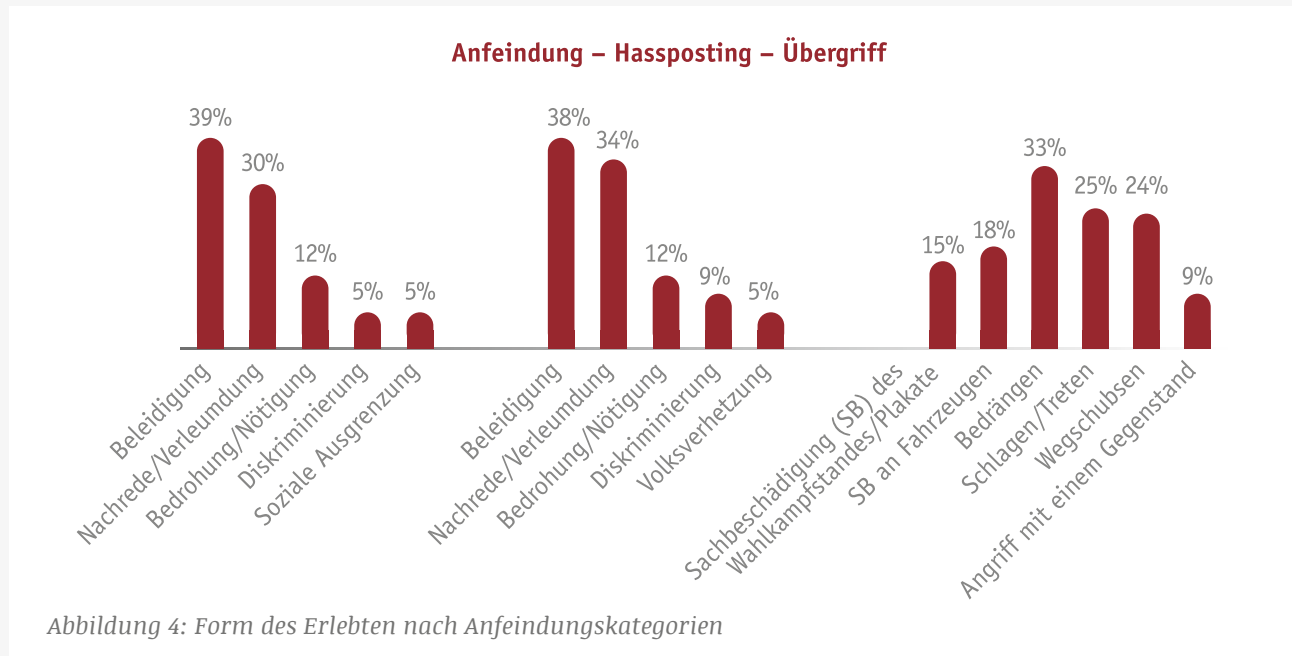


Abbildung 3: Summe der Anfeindungen nach Anfeindungskategorien

jahreszeitraum erlebt wurden, geschah dies im Durchschnitt einmal.

Richten wir die Aufmerksamkeit auf den zuletzt erlebten Vorfall und in welcher Form dieser erlebt wurde, ergibt sich folgendes Bild:

Nur gut jeder zehnte Vorfall (12%) wurde zur Anzeige gebracht (Anfeindungen – 11%, Hassposting – 13%, Übergriffe – 27%), wobei jüngere Befragte dies auffällig häufiger getan haben. In den bereits abgeschlossenen Verfahren kam es in 3% der Fälle zu einer



Die Antworten auf die Frage, wie mit den konkreten zuletzt erfahrenen Vorfällen umgegangen wurde, lassen drei Bewältigungs- bzw. Handlungsstrategien offenkundig werden: Nahezu jede dritte befragte Person (28%) gibt an, den Vorfall zu ignorieren, was insbesondere auf verbale/schriftliche Anfeindungen (28%) und Hasspostings (30%) zutrifft. Gut ein Fünftel der Befragten geht aktiv-diskursiv mit dem Geschehen um, indem der direkte Dialog mit dem/der Täter/Täterin (19%) gesucht wird, während ein etwa ähnlich großer Anteil (16%) sich an Parteifreunde/Kollegen wendet. Auffällig ist hierbei unter anderem, dass vor allem Frauen und jüngere Amtspersonen (<50 Jahre) (signifikant) häufiger Unterstützung ersuchen als die entsprechende Vergleichsgruppe (Männer/ > 51 Jahre). In etwa 10% der Fälle werden die Vorfälle erfasst, gesammelt und an Polizei/Justiz weitergegeben.

Verurteilung (36% keine Verurteilung). Bei 43% der Fälle steht das Verfahren noch aus, während es bei 14% der Fälle zu keiner strafrechtlichen Verfolgung kam. Auffällig ist, dass der prozentuale Anteil von zur Anzeige gebrachter Vorfälle, im Falle von Anfeindungen gegenüber engen Familienangehörigen doppelt so hoch ist wie bei Anfeindungen gegenüber der eigenen Person. Offenbar ist in diesen Fällen für viele Amtsträgerinnen und -träger eine Grenze überschritten, während Anfeindungen gegen die eigene Person anscheinend eher als „Teil des Jobs“ betrachtet und weniger aktiv verfolgt werden.

Die Antworten auf die Frage nach den vermuteten Anlässen für die zuletzt erfahrenen Anfeindungen zeichnen folgendes Bild (Mehrfachnennungen waren möglich):

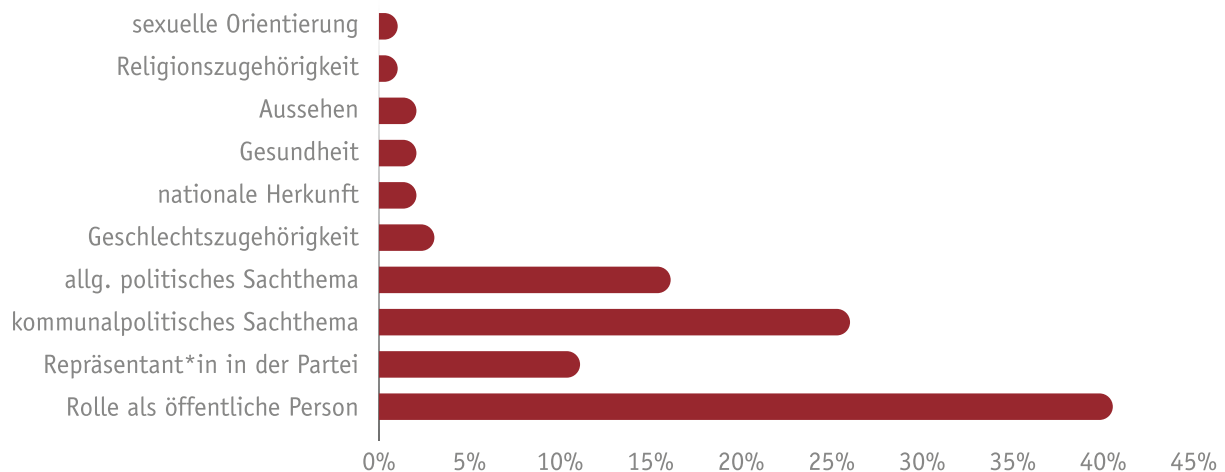


Abbildung 5: Mutmaßliche Handlungsmotive

Weiteren Aufschluss über die mutmaßlichen Handlungsmotive eröffnet vor allem auch der Blick auf die zu dieser Frage getätigten Freitextfeldangaben: Es wird deutlich, dass ein Großteil der Anfeindungen (etwa 65%) einen direkten Bezug zur Corona-Pandemie aufweist. Zusätzlich werden weitere, im Wesentlichen die Infrastruktur betreffende Themen wie Baumaßnahmen, Verkehr, Energiewende und Mobilfunkausbau genannt.

Als ein weiteres Indiz dafür, dass die Corona-Pandemie offensichtlich mit intensivierten Anfeindungen gegenüber Amtstragenden einherging, kann die hinter den Anfeindungen vermuteten tatmotivierenden politischen und/oder religiösen Haltungen interpretiert werden. Jede vierte befragte Person (26%) gab an, dass sie mutmaßlich aus „einer radikalen Position zu einem Thema/aus einer sozialen Bewegung heraus“ angefeindet worden sei. Auch hier lassen die ergänzenden Freitextangaben in der absoluten Mehrzahl der Fälle (70%) einen unmittelbaren Zusammenhang zum Pandemiegeschehen offenkundig werden, indem konkret etwa von Anfeindungen aus dem Lager der „Impfgegner“ oder „Querdenkerszene“ berichtet wird. Der hier offenkundig werdende thematische Bezug zum

Anfeindungsgeschehen mag kein Zufall sein, da kommunale Amtsträgerinnen und -träger in den Medien und auch aufgrund ihrer Zuständigkeit als „wichtige Protagonisten der Pandemie-Bewältigung“ in Erscheinung treten (Habscheid/Vogel 2021, 526), womit diese gleichzeitig und unweigerlich wohl auch zur Zielscheibe entsprechender Anfeindungen wurden. Eine nicht unwesentliche Rolle scheinen auch Anfeindungen aus der „Reichsbürgerszene“ zu spielen, die auch häufiger in den abschließenden Bemerkungen am Ende des Fragebogens thematisiert wurden. Die von den Befragten wahrgenommenen Bezüge zur Querdenker- und Reichsbürgerszene können dahingehend auch auf die Corona-Protestbewegung hinweisen (vgl. hierzu auch: MOTRA 2022, 13 ff.). Hinter den wahrgenommenen Bezügen zur Querdenker-Bewegung erscheint an zweiter Stelle mit 18% eine ideologisch-weltanschaulich rechtsmotivierende Haltung als tatmotivierender Ausgangspunkt, der sich vor allem im Rahmen tätlicher Übergriffe (18%) und Hasspostings im Netz (25%) bemerkbar macht. Demgegenüber verorten nur sehr wenige Befragte die Tatmotivation in einem ´linken´ Spektrum (4%), während immerhin 14% der Befragten einen jeweiligen parteipolitischen Gegner hinter dem Vorfall vermuteten.

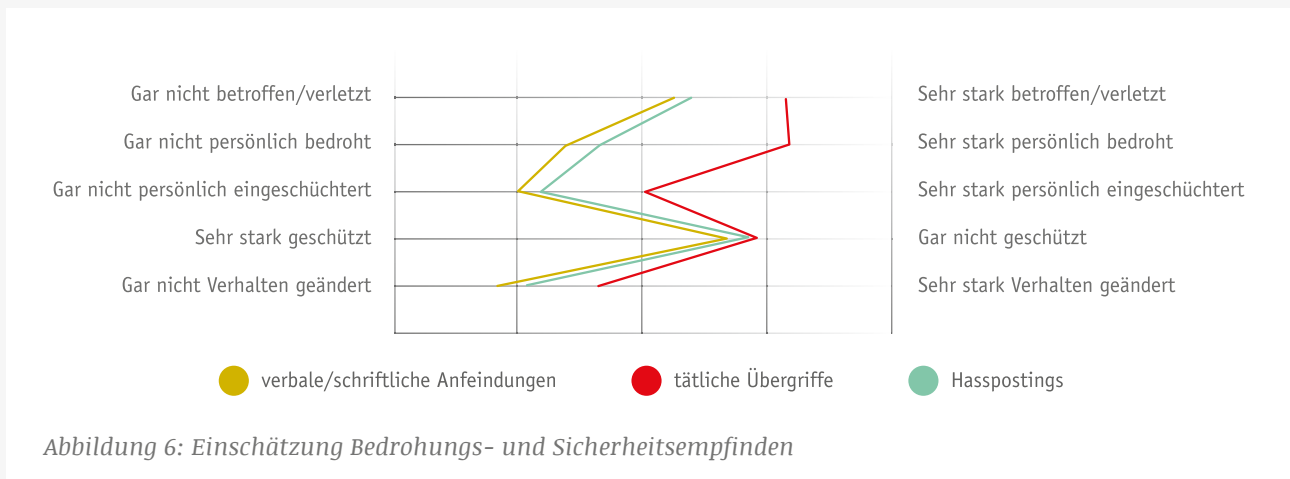


Abbildung 6 illustriert, dass erlebte Anfeindungen einen Einfluss auf das Bedrohungs- und insbesondere auch auf das Sicherheitsempfinden der Betroffenen haben. Sie gehen offensichtlich nicht spurlos an den Betroffenen vorüber, wobei mit den verschiedenen Anfeindungskategorien deutlich unterschiedliche Grade von Betroffenheit einhergehen. Ähnlich wie der im oberen Abschnitt eingeführte DIM-Score, wurde auch hier ein Durchschnittswert gebildet mit der Bezeichnung 'Betroffenheitsindex Anfeindungen im Mandatsalltag' (BAM-Score), um pointierte Vergleiche des Bedrohungs- und Sicherheitsempfindens zwischen Gruppen und über Zeit zu ermöglichen. In diesem Fall liegt der Score für die Anfeindungskategorien insgesamt bei einem Wert von 2,6 (Anfeindungen – 2,4; Hasspostings – 2,5; tätliche Übergriffe – 3,2) auf einer gedachten fünfstufigen Skala (1=gar nicht, 5=sehr stark). Demnach zeigten sich die Befragten beim letzten Vorfall im Durchschnitt neutral bis eher stark betroffen bzw. verletzt. Insbesondere wurden Übergriffe – auch aufgrund ihrer Tätlichkeit – als stark bedrohlich wahrgenommen, das zudem zu Verhaltensänderungen im Alltag geführt hat. Einen eher neutralen bis weniger starken Einfluss auf das persönliche Bedrohungs- und Einschüchterungsempfinden zeigt sich in Form von Anfeindungen und Hasspostings. Im Gegensatz dazu wird aber auch deutlich, dass sich Betroffene eher weni-

ger von Justiz und Sicherheitsbehörden geschützt gefühlt haben.

In Summe haben die erlebten Vorfälle auch konkrete psychische und physische Folgen für die Betroffenen. Ein Großteil (81%) der Anfeindungsoffer geben an, unter Folgen der zuletzt erlebten Anfeindung, wie depressiven Verstimmungen (z.B. Lustlosigkeit, Abgeschlagenheit), innerer Unruhe und Konzentrationsschwierigkeiten zu leiden. Insbesondere befürchtet mehr als jedes zehnte Opfer (14%) durch die Anfeindungen eine Rufschädigung davon zu tragen. Dies führt konkret einerseits dazu, dass Meinungsäußerungen in Teilen nicht wie vorher getätigt werden, was von 8% der Befragten angegeben wurde. Und andererseits haben 7% angegeben, eine Mandatsniederlegung erwogen zu haben beziehungsweise in Betracht zu ziehen, nicht erneut zu kandidieren (7%). Es wird im weiteren Prozess von MOTRA-KoMo zu beobachten sein, inwieweit hieraus mittel- bis langfristig schwerwiegende Folgen für ein funktionierend-gelingendes freiheitlich-demokratisches Gesellschaftssystem resultieren.

3.3 Unterschiedliche Opfergruppen

Um evidenzbasiert zielgerichtet präventive Handlungsstrategien zu entwickeln, ist vor allem auch der Frage nachzugehen, ob sich unterschiedliche Opfergruppen bzw. Profile

von angefeindeten Amtsträgerinnen und -trägern ausmachen lassen.

Die Analysen zur naheliegenden Frage nach genderspezifischen Unterschieden lässt zunächst offenkundig werden, dass Frauen und Männer gleichermaßen zur Zielscheibe, zur Projektionsfläche von Anfeindungen werden (43%–45%). Bei genauerem Hinsehen fällt jedoch auf, dass Frauen gegenüber Männern leicht häufiger von Hasspostings betroffen sind und signifikant mehr Familienangehörige weiblicher Amtsträgerinnen angefeindet worden zu sein scheinen als die ihrer männlichen Kollegen (11%–7%). Welche Ursachen das haben könnte, wird im weiteren Verlauf des Monitorings untersucht werden.

Auffällig ist ferner eine deutlich höhere Betroffenheit von hauptamtlich gegenüber ehrenamtlich tätigen Amtspersonen (57%–33%). Dies scheint eine Entsprechung darin zu finden, dass ebenso ein Stadt-Land-Gefälle zu beobachten ist: Amtsträgerinnen und -trägern aus kleineren Kommunen mit bis zu 20.000 Einwohner sind weniger betroffen als solche aus größeren Kommunen mit über 20.000 Einwohnern (43%–52%). Die Analyse möglicher regionaler Unterschiede hinsichtlich des Betroffenheitsgrades offenbart ein deutliches Ost-West-Gefälle: In den Gemeinden östlicher Bundesländer sind häufiger Amtspersonen anzutreffen, die Hass und Hetze erlebt haben, als in Gemeinden westlicher Bundesländer (51%–43%). Bei näherem Hinsehen wird gar eher ein Südost-West-Gefälle erkennbar, insofern bei Betrachtung der östlichen Bundesländer zuzüglich Bayern und Baden-Württemberg gegenüber den verbleibenden westlichen Bundesländern eine noch stärkere Differenz des Betroffenheitsgrades offensichtlich wird (51%–38%). Deutliche Unterschiede der Betroffenheit zeigen sich auch hinsichtlich einer Parteizugehörigkeit: Amtsträgerinnen und -träger mit einer Parteizugehörigkeit sind

offenbar auffällig stärker betroffen, als parteipolitisch unabhängige bzw. parteilose Amtspersonen (48%–39%). Zudem lassen sich auch deutliche Unterschiede hinsichtlich des Alters feststellen: Jüngere Amtsträgerinnen und -träger bis 50 Jahre sind (signifikant) häufiger betroffen als die Vergleichsgruppe der 51-Jährigen und Älteren (55%–39%). Des Weiteren wird die Gruppe derjenigen, die bei der Ausübung ihrer politischen bzw. beruflichen Tätigkeit soziale Medien nutzt, (signifikant) häufiger angefeindet als Nicht-Mediennutzer (52%–33%). Diese erste Identifikation von unterschiedlichen Bedarfsgruppen und regionalspezifischen Unterschieden lässt die Notwendigkeit der Entwicklung von gruppen- und regionalspezifischen Präventionsstrategien offenkundig werden: One-size-fits-all-Strategien und ein dem Gießkannen-Prinzip folgender Einsatz präventiver Ressourcen scheint offenkundig weniger angemessen.

4 Fazit und Ausblick

Auch wenn es sich hier lediglich um erste Befunde aus der ersten Erhebungswelle des Kommunalen Monitorings von Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Bürgermeisterinnen/Bürgermeister und Landrätinnen/Landräte handelt, deutet doch vieles darauf hin, dass zurzeit gesellschaftliche Entwicklungen greifen, die eine Vielzahl von (Kommunal-) Politikerinnen und Politiker vor neue, so bisher nicht erfahrene Herausforderungen stellen. Diese beziehen sich häufig nicht nur auf die (ehren-)amtliche Tätigkeit, sondern auf die Person, auf die Persönlichkeit der Amtstragenden selbst, was offensichtlich mit einem deutlich höheren Grad an Betroffenheit einhergeht.

Nahezu jede zweite befragte Person berichtet von analog und/oder digital erfahrenen

Anfeindungen innerhalb der letzten sechs Monate gegenüber der eigenen Personen und/oder gegenüber Familienangehörigen. Das Ausmaß und die Art und Weise des Anfeindungsgeschehens hat offenbar eine neue Qualität und so noch nicht erfahrene Intensität erreicht, die die Amtsträgerinnen und -träger mehr denn je zu fordern scheint und sich negativ auswirkt. Einerseits auf die Person in ihrer psychischen und (damit in der Regel verknüpft) physischen Befindlichkeit und andererseits auf die Art und Weise der Amtsausübung, die eine zunehmende Distanz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern mit sich bringen kann, indem etwa der Dialog über soziale Medien eingestellt oder aber von einem weiteren kommunalpolitischen Engagement Abstand genommen wird. Und offen-

bar strahlt das intensiviertere Anfeindungsgeschehen auf potenziell engagierte Bürgerinnen und Bürger aus, indem sich zunehmend weniger Personen zu einer Kandidatur entschließen.

Gilt seit geraumer Zeit eine stärkere Vernetzung über das Internet als Erfolgsfaktor für eine Erhöhung des bürgerschaftlichen Engagements (etwa: Dienel et al. 2008, 71f.), wird dies offenbar in jüngster Zeit in vielen kommunalen Wahlämtern zurückhaltender bewertet, was eine Entsprechung in der Wahrnehmung eines zunehmend rauerer Diskussionsklimas vor allem in den sozialen Medien zu finden scheint. Die Wahrnehmung eines rauerer Umgangs- tons in Verbindung mit dem konkreten Erleben eines intensivierten Anfeindungs-

Antworten von Befragten

„Wenn die Entwicklung so weitergeht, werden sich keine geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten für das Amt mehr finden, mit unmittelbaren (negativen) Auswirkungen auf die Entwicklung unseres Landes.“

„Eine Verrohung der Sprache und des Umgangs hat in den letzten 10 Jahren deutlich zugenommen.“

„Es ist in den letzten Jahren ein enormer Druck auf das Amt entstanden. Die Schamgrenze ist in den letzten Jahren deutlich gesunken. Ich kenne das aus meinen Anfangsjahren nicht.“

„Ich habe meine Aktivitäten in den sozialen Netzwerken im Juni 2021 eingestellt, da ein sachlicher Austausch in diesen Foren nicht möglich ist.“

geschehens wirkt sich negativ auf die haupt- und ehrenamtliche Arbeit in den Kommunen aus. Dies ist insofern misslich, als auf der kommunalpolitischen Ebene Politik in ihrer Umsetzung unmittelbar für die Menschen vor Ort und in ihrem Alltag greifbar und erlebbar wird. Kommunalpolitik lebt ganz wesentlich von der räumlichen Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern und bildet so ein zentrales Scharnier der Interessensvermittlung zur landesbeziehungsweise bundespolitischen Ebene.

In der Kommunalpolitik wird damit Demokratie unmittelbar ge- und erlebt. Insofern weisen die offensichtlich intensivierten Störungen im kommunalpolitischen Miteinander in Gestalt von Hass und Hetze ein demokratiegefährdendes Potenzial auf – dies bleibt zu beobachten. Und genau das ist das zentrale Anliegen des MOTRA-KoMo: Festzustellen, inwieweit und mit welchen regionalräumlichen Besonderheiten sich das gesamtgesellschaftliche Radikalisierungsgeschehen auf den kommunalen Raum auswirkt – hier festgemacht am Amtsalltag der obersten Repräsentantinnen und Repräsentanten unserer Städte, Landkreise und Gemeinden. Ein bundesweit beobachtbares Mehr oder Weniger von Hass, Hetze und Gewalt innerhalb der Kommunen in denen wir leben, sind zentrale Indikatoren für ein mehr oder weniger friedvolles und konfliktfreies gesellschaftliches Miteinander. Insofern rufen wir alle Bürgermeisterinnen/Bürgermeister und Landrätinnen/Landräte auf sich (auch weiterhin) am MOTRA-KoMo zu beteiligen: Je breiter die Mitwirkung desto aussagekräftiger und belastbarer die künftig analog zum Befragungsturnus im halbjährlichen Rhythmus vorgelegten Analysen.

Gelingt es uns, die hier im ersten Bericht zum MOTRA-KoMo angesprochenen Zusammenhänge besser zu verstehen, werden wir wertvolles Wissen für staatliche und zivilgesellschaftliche Einrichtungen und Akteurinnen/Akteure generieren, um ein für alle Beteiligten ertragreicheres und lebenswerteres kommunalpolitisches Miteinander (weiter) zu entwickeln.

5 Literatur

BMI – Bundesministerium des Inneren und für Heimat (2020). *Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2019 – Bundesweite Fallzahlen*. Abrufbar unter: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/pmk-2019.pdf;jsessionid=B48274D5BE63C26B8105D40BC35DA65F.1_cid287?__blob=publicationFile&v=11 [19.05.2022].

BMI – Bundesministerium des Inneren und für Heimat (2021). *Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2020 – Bundesweite Fallzahlen*. Abrufbar unter: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2021/05/pmk-2020-bundesweite-fallzahlen.pdf;jsessionid=EE0EE4BD35713F5C104CBDB491BB2685.1_cid287?__blob=publicationFile&v=4 [19.05.2022].

Breyer-Mayländer, Thomas (2018). *Marketing für Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik: Kommunikations- und Partizipationsstrategien für das Gemeinwohl vor Ort*. Springer, Wiesbaden.

Dienel, Hans-Liudger/Reim, Daphne/Schmithals, Jenny/Walk, Heike/Olk, Thomas/Klein, Ansgar (2008). *Kooperationsnetzwerke und bürgerschaftliches Engagement als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen*. Abrufbar unter: https://www.partizipative-kommune.de/pdf/Abschlussbericht_Partizipative+Kommune.pdf [12.05.2022].

forsa Politik- und Sozialforschung GmbH (2021). *Hass und Gewalt gegen Kommunalpolitiker/innen. Einschätzungen und Erfahrungen von Bürgermeister/innen in Deutschland*. Abrufbar unter: https://www.stark-im-amt.de/fileadmin/user_upload/Startseite/Umfrage_Hass_und_Gewalt_gegen_Kommunalpolitiker.pdf [27.04.2022].

Habscheid, Stephan/Vogel, Friedemann (2021). *Eine Krise in der Krise: Corona-Krisenkommunikation von Bürgermeister*innen in Deutschland*. In: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik, 51/3: 505-528.

Haller, André (2021). *Social Media für Kommunalpolitiker*. Springer Gabler, Wiesbaden.

Kommunal. *Kommunalpolitiker: Bedrohungen sind an der Tagesordnung (2020)*. Abrufbar unter: <https://kommunal.de/kommunalpolitiker-umfrage-2020> [27.04.2022].

MOTRA (2022). *Radikalisierungsphänomene im Schatten der Corona-Pandemie. Themenspezifische Synopse aktueller MOTRA-Befunde*. MOTRA-Arbeitspapier – Analyseworkshop März 2022. Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus im Bundeskriminalamt, Wiesbaden.

Radtke, Jörg/Saßmannshausen, Sheree May (2020). *Auf dem Weg zur responsiven Demokratie? Online-Öffentlichkeitsbeteiligung in der Stadtentwicklung als aktiver Link zwischen Kommunalpolitik und Bevölkerung*. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 30/2: 329-358.

Rede des Bundespräsidenten vom 10. März 2020 in Zwickau. Abrufbar unter: <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2020/03/200310-Zwickau-Kommunalpolitiker.html> [29.04.2022].

6 Impressum

MOTRA-Verbundpartner



MOTRA-Transferpartner



Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

Angaben gemäß § 5 TMG

Dr. Uwe Kemmesies
Äppelallee 45
65203 Wiesbaden

Vertreten durch

Dr. Uwe Kemmesies
E-Mail: motra@bka.bund.de

Verantwortlich für den Inhalt nach § 55 Abs. 2 RStV

Dr. Uwe Kemmesies
Äppelallee 45
65203 Wiesbaden

Redaktion

Kirsten Eberspach, Sarah Bitschnau

Layout

studio halvar

Forschungskordinator (MOTRA-Verbund)

Dr. Uwe Kemmesies

Kontakt

kommunalmonitor@bka.bund.de